

Bestellungspreis für Heft monatlich für zweimalige Zustellung 2,00 Mark, vierteljährlich 6,00 Mark, durch die Post 6,00 Mark...

Laale-Zeitung

Dreihundertfünfundvierzigster Jahrgang.

Nr. 470.

Halle, Dienstag, den 7. Oktober.

1919.

Bomben gegen die Sowjetregierung.

Bombenattentate gegen die Mitglieder der russischen Sowjetregierung. — Zahlreiche Personen getötet und verwundet. Der Stand des Berliner Metallarbeiterstreiks.

Bombenattentate in Moskau.

3. Okt., 7. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Wie über Stobholm gemeldet wird, habe am 29. September in Moskau ein Bombenattentat gegen Mitglieder der Sowjetregierung stattgefunden.

Ein zweites Attentat.

Hamburg, 7. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Einer Stobholmer Meldung des Hamburger Fremdenbüros zufolge wird am 5. September belästigt. Anlässlich der Beerdigung der Opfer dieses Attentats wurde ein zweites Bombenattentat begangen, das sich gleichfalls gegen die Mitglieder der Sowjetregierung richtete.

Die Lage im Berliner Metallarbeiterstreik.

Berlin, 6. Oktober. Die Verhandlungen zwischen den Metallindustriellen und dem Reichsarbeitsministerium sowie dem Metallarbeiterverbande stehen nach wie vor auf dem toten Punkt. Die Zünfteinstellungskommission hält an ihren besonnensten Forderungen noch immer fest.

Der Metallarbeiterstreik selbst hat sich weiter ausgedehnt und zwar sind jetzt auch die A. G. Werke in Henningsdorf mitbestreikt worden, wodurch wiederum weitere 5000 Arbeiter ihre Beschäftigung verloren haben.

Die Entscheidung über den Generalstreik hinausgeschoben?

Berlin, 7. Oktober. (Eig. Drahtnachricht.) Wie der Deutsche Metallarbeiterverband mitteilt, ist die Entscheidung über den Generalstreik hinausgeschoben worden weil der Verband zu der Gewerkschaftszusammenkunft in Lokal bekommen konnte. Die entscheidende Gewerkschaftszusammenkunft wird daher erst morgen abend 8 Uhr im Hause des Deutschen Metallarbeiterverbandes stattfinden.

Wilson gesteskrank?

Bern, 7. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) In lateinischen Kreisen ist das unkontrollierbare Gerücht verbreitet, daß Präsident Wilson gesteskrank sei, so daß er in eine Anstalt aufgenommen werden müsse.

Angehliche Besserung im Zustande Wilsons.

WTB. Washington, 7. Oktober. Die Times erfassen aus Washington, obwohl mitgeteilt wurde, daß der Zustand Wilsons sich gestern abends absehlich habe, fürchtet man, daß es noch

lange dauern werde, ehe Wilson seine Arbeiten wieder aufnehmen kann. Man überlegt, ob es notwendig sein wird, den Kaiserpräsidenten zu beauftragen, an Wilsons Stelle zu treten.

bleiben Teile der deutschen Truppen im Baltikum?

Königsberg, 7. Oktober. (Eig. Drahtnachricht.) Die deutschen Truppen im Baltikum sollen, wie die Königsberger Allgemeine Zeitung aus Mittau berichtet, nach dem letzten Notwendigkeit in ihrer Mehrheit gewillt sein, im Baltikum zu bleiben.

Verhöbene Heimtransporte.

WTB. Berlin, 7. Oktober. Die Reichsjugendstelle für Krieges- und Zivilgefangene teilt mit, daß laut Nachrichten aus Bern die Schweizerunbesetzten-Transporte aus Frankreich, die in den Tagen zwischen dem 7. und 14. Oktober in Konstanz eintrifften sollten, um eine Woche verschoben worden sind.

Freigelassen!

WTB. Berlin, 6. Oktober. Nach langen Bemühungen ist es gelungen, die Freilassung des Herrn Kommerzienrats Hinberg und des Herrn Karl Berns zu erreichen, die wegen Befuges aus Frankreich und Belgien flammender Maschinen bzw. wegen der im Interesse der Rhona-angewandten Tätigkeit von den französischen Behörden vor mehreren Monaten verhaftet worden waren.

Besucher Sturm auf den Kultusminister.

WTB. Berlin, 6. Oktober. Der Herr Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung teilt uns folgendes mit: Es ist mein und meiner Mitarbeiter dringender Wunsch, Besuche und Abordnungen so weitgehend zu empfangen und so ausführlich zu hören, wie ein die zur Grenze menschlicher Kraft ausgeübter Arbeit es ermöglicht.

Clemenceau und die Fialand-Inseln.

WTB. Kopenhagen, 7. Oktober. Einem Telex vom 6. Oktobers zufolge hat die finnische Gesandtschaft in Paris ihre Regierung mitgeteilt, Clemenceau wolle der finnischen Presse mitteilen, daß seine Erläuterungen über die Aland-Inseln in der ausländischen Presse irrtümlich ausgelegt worden seien.

Kreuzzeitung-Schwindel.

WTB. Berlin, 7. Oktober. Die heutige „Kreuzzeitung“ habe aus dem „Deutschen Wochenblatt.“ Stellen aus dem Briefe eines Deutnants Goerner aus einem englischen Gefangenlager abgedruckt. In diesem Briefe wurde behauptet, in dem Gefangenlager befände sich ein Neffe des Reichsjustizministers Grafen von Helldorf, dem Namen des Reichsjustizministers Grafen von Helldorf, dem Namen des Reichsjustizministers Grafen von Helldorf.

Deutsche Männer und Frauen!

Bewahrt Euch die deutsche Heimat! Ihr, die Ihr aus O. und Westpreußen, aus Ostpreußen und aus Schleswig-Holstein kommt, bewahrt Eure Heimat aus die Trenne, wenn Ihr seid in fremdem Land, in fremder Stadt weil. In Eurem Hand liegt das Schicksal der Heimatsteile, in denen nach Inkrafttreten des Friedensvertrages Volksabstimmungen vorgenommen werden sollen.

Kuriosa.

Was sind die deutschen Schulen? Wir möchten Erziehungsautarken! Sie sollen uns einen tüchtigen Nachwuchs verschaffen, der in der Lage ist, sein reiches Teil zum Wiederaufbau und zur Wiederverstärkung Deutschlands beizutragen.

Artikel 169 der neuen deutschen Reichsverfassung bestimmt klar und sehr unabweislich: „Orden und Ehrenzeichen dürfen vom Staate nicht verliehen werden.“ Das ist eine Maß-Vorschrift, an der nicht zu brechen und zu deuteln ist.

Vertical text on the left margin: leicht abzuschreiben müssen, weil er nicht an sich denkt, sondern nur an sich denkt...

Vertical text on the right margin: aufpassen, was man liest, was man liest...

sten Piepvoegel? Die Antwort lautet: Die Militärverwaltung in Breslau! Und doch heißt es: Orden und Ehrenzeichen dürfen von Staats nicht verliehen werden. Vom Staat! Glaubt nun etwa das Generalkommando des VI. Armeekorps in Breslau, daß es außerhalb des Staates steht? Bildet es mit seinem Kopfbereich einen Staat im Staat, ist es eine Regierung neben der Berliner Regierung? Wir waren und sind heute mehr denn je der Meinung, daß die höchste Gewalt in den Händen der Regierung liegen muß, jener Regierung, die allein in Berlin ihren Sitz hat. Für Edlesten scheint das anders zu sein. Dort ist die oberste Gewalt augenscheinlich in die Hände der Militärverwaltung übergegangen. Und die Zivilbehörden sind nichts weiter als Handlanger, dienftbare Geister der Armeekorps-Gewaltigen! Einmündig zum Ausdruck kommt das durch die niedliche Tatsache, daß das Breslauer Generalkommando dem von der Berliner Regierung eingeleiteten „Staatskommissar Hörsing — das genannte schlesische Vermögensregister verließen hat! Kann man das alte Untergerichtsverhältnis aus der Zeit des vergangenen Königsreiches tauglicher benutzen zum Ausdruck bringen? Wer denkt die Kosten für die kleinen Instrumente zur Erfüllung von Anknopfschmerzen?

Was aber tut die Regierung gegen diese Vernichtung der deutschen Reichsautorität? Einmalen schweig sie und Breslau freut weiter den Ordensgeist aus über das schöne Land zwischen Obber und Pezomal! Der Telegraph brachte bisher keine Kunde, daß dem Breslauer Generalkommando seine monarchischen Abhängen unterlag wurden. Aber auch darüber wauchs der Telegraph bisher nichts zu melden, daß Staatskommissar Hörsing seinen Piepmah dem Generalkommando mit einigen passenden Begleitworten zurücksandte. Kurios!

Ellenburg leistet sich einen kleinen Privatkrieg, der unsere staatlichen und politischen Verhältnisse in höchst interessanter Weise beleuchtet. Im Inzeratenteil der dortigen Presse liest man den folgenden Aufsatz: „Zum Schutze der Einwohnerschaft und des Eigentums soll auf Veranlassung der Regierung auch für Ellenburg und Umgebung eine Einwohnerwehr gegründet werden. Die Einwohnerwehr hat mit politischen Fragen nichts zu tun. Es wird hiermit zum Beitritt durch Einzeldungung in die in der Kaiserne (Stabsgebäude, Zimmer 14) ausliegende Liste aufgefordert. In Frage kommen Ellenburg Einwohner, die mit der Waffe gedient haben. Garnisonkommando Ellenburg, von Wittwich, Major und Garnisonältester.“ Im redaktionellen Teil der gleichen Nummer des gleichen Blattes aber steht zu lesen: „Zur Gründung einer Einwohnerwehr in Ellenburg wird uns von städtischer Seite mitgeteilt, daß die städtische Finanzdeputation und der Magistrat sich nach eingehender Prüfung der hiesigen Verhältnisse einstimmig dahin entschieden haben, daß in Ellenburg von der Errichtung einer Einwohnerwehr Abstand zu nehmen ist.“

Wen den unbedenklichen Stadträten des Ellensburger Magistrats gehören vier zur unabhängigen Sozialdemokratie, zwei zu bürgerlichen Parteien. Das erscheint jedoch auch nebensächlich, denn der zitierte Beschuß ist ja einstimmig gefaßt! Einstimmig lehnt sich die Stadtverwaltung gegen Wünsche und Anforderungen der Regierung auf. Einstimmig dekretiert man, „daß in Ellenburg von der Errichtung einer Einwohnerwehr Abstand zu nehmen ist.“ Ein Satz, der uns an die alte militärische Befehlsform erinnert! Der Garnisonälteste ist anscheinend der immerhin verständlichen Meinung, daß er die Sache in die Hand nehmen müsse, um die Wünsche der Regierung auch für Ellenburg durchzuführen, nachdem die Stadtverwaltung sich auf einen anderen Standpunkt gestellt hat. Und so droht ein neuer kleiner Lokalkrieg zwischen den beiden Instanzen, der zivilen und der militärischen, wenn die Regierung sich nicht selbst ein wenig in Ellenburg umsieht. Just gestern hat ein amtlicher Erlaß, der in der gesamten deutschen Presse veröffentlicht wurde, dringend der Bevölkerung aus Derg gelangt, daß überall Einwohnerwehren zu bilden sind. Es heißt in dem Erlaß: „Es geht sich vor Augen, und die Gemeinden, die ja doch den Schaden tragen müssen, tun gut, zu befolgen, was ihnen Unterstaatssekretär Remold kürzlich in der Nationalversammlung riet, sich rechtzeitig durch Einwohnerwehren zu schützen. Unterdrückung der Gefahr ist der größte Schutz.“ Es wird dann noch auf den schweren Winter hingewiesen, der uns bevorsteht. Gläubt sich Ellensbürger gegen diesen Winter geschügt? Gläubt es, daß es so sicher wie in Abrahams Schoss regnen wird? Kommt es zu der von U. S. P. und U. S. P. D. erhofften großen dritten Revolution, dann wird auch Ellensburg nicht verschont bleiben. Eine eckige Schilder Foknung wäre es, wenn sich die Einwohner von Ellensburg dann auf die dort in Garnison liegenden Reichstruppen verlassen würden! Können diese nicht andere, noch wichtigere Aufgaben zu erfüllen haben? Gemüß, der Schuß der sorglosen Ruhe der Ellensburger Witzer ist eine wichtige Aufgabe, noch wichtiger wäre vielleicht aber der Schuß bestimmter industrieller Anlagen. Und hier hätte die Einwohnerwehr eingegriffen, gegen die sich Magistrat und Finanzdeputation einstimmig sträuben!

Es gibt Dinge, die nicht zu verstehen sind. ... C. H.

Die Hoffnung auf den „großen Schlag“

Von der Liga zum Schutze der deutschen Kultur (Ektion alle) wird uns geschrieben: Vor wenigen Tagen fanden in Halle (Saale) neue Tarifverhandlungen zwischen den Zugwerksarbeitern auf der einen Seite und Gewerkschaftsführern auf der anderen statt. Zu diesen Verhandlungen hatten sich — ohne Einladung — auch Vertreter des hiesigen Bezirksverbandes beteiligt, denen bekanntlich jede rechtliche Grundlage fehlt. Die Verhandlungen führten schließlich zu dem in den nächsten Tagen im „Freien Arbeiter" veröffentlichten Protokolle. In diesem Protokolle wird festgestellt, daß die Tarifverhandlungen nicht anfechtbar sind und daß die Gewerkschaften sich für sich zu gewinnen.

In dem Protokolle sind in der Umgebung von Halle drei große Gewerkschaftsverbände genannt, die überall einen reichen Bestand besitzen. Nach einem Referat über die angelegte Notwendigkeit des „Krieges" wurde von den Rednern der Wunsch geäußert, daß die Verhandlungen über die Tarifverhandlungen nicht anfechtbar sind und daß die Gewerkschaften sich für sich zu gewinnen.

Am letzten Sonntag fanden in der Umgebung von Halle drei große Gewerkschaftsverbände genannt, die überall einen reichen Bestand besitzen. Nach einem Referat über die angelegte Notwendigkeit des „Krieges" wurde von den Rednern der Wunsch geäußert, daß die Verhandlungen über die Tarifverhandlungen nicht anfechtbar sind und daß die Gewerkschaften sich für sich zu gewinnen.

In einer der drei großen Versammlungen sprach der bekannte 20jährige Redakteur Peters, der erst vor wenigen Wochen wegen Kollaboration zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Er sprach über die Notwendigkeit einer Stütze der mittelständischen U. S. P. D. war, wurde sich besonders gegen den Führer der Unabhängigen, den Abgeordneten G. a. a. E. betonte, daß alle Führer, die sich nicht auf die kommunistischen Gedanken einstellen könnten, von der Leitung vertrieben müßten, in erster Linie G. a. E. selbst. Denselben er selbst bekannte, daß ihm die jetzigen Forderungen bei den Tarifverhandlungen nicht bekannt seien, betonte Peters, daß unter allen Umständen höhere Forderungen gestellt werden müßten.

Interessant ist, daß Peters trotzdem vor der Anwendung des letzten Mittels, dem Streik, warnte. Die Begründung hierfür liefert Peters in folgender Weise: „Im Hinblick auf die jetzige Lage würde eine Zerstückelung der Arbeiterschaft durch die Einführung einer alleinstehenden Partei in nächster Zeit nur zu einem letzten starken Kampfe. Wenn dazu der Inst. erkäme, müßte alles gerüstet sein, so daß sich der Generalstreik in einer Stunde über ganz Deutschland ausbreiten könnte.“

Hier tritt erneut deutlich die Schmachtfucht nach dem „großen Schlag“ der kommenden Monate in Erscheinung. Alle Versammlungen gehen aber auch zugleich, daß die radikale Gewerkschaftsbewegung immer mehr durch die Kommunisten der unabhängigen Sozialdemokratie entziffen wird.

Die deutsche Protestnote gegen Nordamerika.

Berlin, 6. Oktober. Der Schweizerischen Gesellschaft ist vom Auswärtigen Amt in einer Beschlusse von einer Reihe von Wünschen Kenntnis gegeben worden, die sich in amerikanischen Gefangenenlagern in Frankreich abgelehnt haben und einen Beweis für die zunehmende schlechte Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen und insbesondere für die Mißwirtschaftigkeit bilden, mit der die Gefangenen im Wiedererbauegebiet zu den härtesten und gefährlichsten Arbeiten herangezogen wurden.

So war im Juli d. J. eine Gruppe von Mannschaften der 88. Gefangenenabteilung im Lager von S. im Bezirk des Nordens von Pulver und Schießbaumstoffe herbeigeführt worden. Die Vorkriegstruppen zum Schutze der Mannschaften gehörige Gefangenen waren nicht ausreichend, denn als fast täglich eine größere Quantität der Explosivstoffe in Brand geriet, wurden die bei der gefährlichen Arbeit beschäftigten Gefangenen durch Stofflammen fürchterlich verbrannt, 25 von den Unglücklichen sind gestorben und kaum drei bis vier blieben mit dem Leben davon gekommen sein. Als die 88. Kompanie später von der 101. Gefangenenabteilung abgelöst wurde, weitergen sind die Leute erklärlicherweise, diese gefährliche Arbeit zu verrichten. Sie wurden dafür zunächst bei Wasser und Brot eingesperrt, und als sie sich dennoch weigerten zur Arbeit zu gehen, erhielten sie nichts zu essen. Drei Tage hindurch wurde ihnen fast täglich die Nahrung entzogen. Dann erhielten die Gefangenen wieder 450 Gramm Brot für den Tag, aber es wurde ihnen geordnet, daß sie nur die Hälfte davon zu essen hätten, falls sie weiterhin die Arbeit verrichten wollten. Schließlich wurden die Gefangenen durch Hunger gezwungen ihren Widerstand aufzugeben und nun wurden die entsetzten Leute gezwungen, beim Verladen von Munition die schwersten Anfortungen auf sich zu nehmen. Jeder von ihnen hatte mindestens tausend Zentner täglich zu verladen.

Bei der 100. Gefangenenkompanie waren die Leute beim Verladen von Gasflaschen schwere Gasvergiftungen zu denen vier oder fünf Mann erlagen. Aus daransich Angehörige benachbarter Kompanien, die weigerten, die gefährliche Arbeit zu verrichten, wurden sie gleichfalls durch Hunger zur Wiederaufnahme der Arbeit gezwungen.

Die allgemeinen Lebensverhältnisse der deutschen Gefangenen sind ärmlich. Für eine schwere Tagesarbeit von neun Stunden bei 30 bis 40 Grad Hitze bekommen sie nur 20 Centimes für den Tag, während französische Arbeiter, die sehr viel leichterere Arbeit zu verrichten haben, täglich 20 bis 30 Franc verdienen. Eine große Zahl der Gefangenen sprechen dafür, daß die Behandlung der deutschen Gefangenen in verschiedenen amerikanischen Lagern eine weltweite Verschleierung erfahren hat.

Zu den vielen günstigen Nachrichten, die vor Eintritt des Winternationsales aus amerikanischen Lagern hierher gelangt sind, heben diese Nachrichten in bewunderndem Gegensatz. Besonders zahlreiche Klagen gehen aus dem Lager von S. für Lille ein. Dort sind die Baracken dicht gedrängt belegt, es gibt weder Bänke noch Tische. Die einzigen Sitzgelegenheiten haben die Leute ihr Bett, aber es ist verboten, die Betten am Tage zu benutzen, so daß die Leute während der Mittagstunden und abends von 5 Uhr bis zum Schlafengehen keine Sitzgelegenheit haben. Die einzelnen Gefangenenkompanien in einem Lager sind durch Stacheldraht voneinander getrennt, so daß sie miteinander nicht verkehren können, wie denn überhaupt die Bewegungsfreiheit fast einseitig beschränkt ist. Ein einziger Kommandant, der in 1 1/2 Stunden 15 Kilometer zurückgelegt werden mußten, brauchen ein nasses Hemd oder ein nasses Jackett zusammen. Sie werden mit Stöcken, Knütteln, Bajonettspitzen und Fußstücken mißhandelt. In dem amerikanischen Gefangenenlager von Tours ist seit dem 17. Juli ein Befehl zu lesen, in dem es heißt, daß die Unterbringung der Gefangenen gut sei und daß bezüglich Befehl den unterbleiben müßten. Bei weiterer Beschwerde wurde der General und der Kommandant durchs Lager verboten werden. Dieser Befehl wird von den Gefangenen als blutiger Hohn aufgefaßt, da auch in den Gefangenenlagern von Tours die Behandlung einfach menschenunwürdig ist. Auch dort stellt es an Fischen, Singelgehenden und an einer Einrichtung zur Reinigung der Wäsche, Mannschaften, die beim Hüben und Niederlegen der amerikanischen Flagge die vorgeschriebenen Ehrenbezeugungen unterlassen, werden mit Arrest bestraft.

In der Beschlusse wurde die Vermittlung der Schweizerischen Regierung dafür erbeten, daß diese Maßnahmen zur Kenntnis der amerikanischen Regierung gebracht und die Schweizerische Regierung gebeten, sich für die deutschen Kriegsgefangenen in amerikanischen Lager anzunehmen, damit ihnen eine Entlastung ihres Leides juteil wird. Da die britische und die französische Regierung Vertretern der Schweizerische den Besuch der im Wiedererbauegebiet gelegenen Lager gestatteten, so dürfte auch die Regierung der Vereinigten Staaten bereit sein, den Vertretern der Schweiz den Besuch der Kriegsgefangenenlager zu gestatten. Es wird daher ersucht, nach Einholung dieser Genehmigung einen oder mehrere Vertreter sobald wie möglich zu entsenden, um die Lager der deutschen Gefangenen in amerikanischen Gewalt zu besuchen und über die vorhandenen Mißstände an Ort und Stelle Ermittlungen anzustellen.

Das Umsatzsteuer-Kompromiß.

Die drei Regierungsparteien haben sich über die Höhe der Umsatzsteuer dahin geeinigt, daß für jeden Umsatz bis zur letzten Band 1 1/2 u. S. an Steuern zu erheben werden sollen. Der Umsatzsteuer von 5 u. S. für alle Lieferungen und Leistungen istgesetzt, die ein Unternehmer im Zustande gegen Entgelt ausführt. Für Gegenstände, die nach ihrer Beschaffenheit zum Gebrauch in der Hauswirtschaft bestimmt sind, war für die Lieferung im Kleinhandel eine Steuer von 5 u. S. vorgesehn.

Nach der Vereinbarung der Regierungsparteien soll ferner die Höhe der Gegenstände, die unter die Umsatzsteuer zu fallen, noch etwas erweitert werden. Die Umsatzsteuer-Sätze sind in einzelnen noch besonderen Vereinbarungen vorbehalten.

Blutige Ausschreitungen in einem Gefangenen-Heimfelager.

Den „F. N.“ wird geschrieben: Befangene wertige Vorkommnisse haben sich in dem Kriegsgefangenen-Heimfelager in Düren ereignet. In den letzten Tagen kamen dort verschleierte starke Gefangenentransporte an, darunter eine Kompanie, in der sich gleich bei der Unterbringung eine sehr erregte Stimmung bemerkbar machte. Am folgenden Tage kam es zu wüthen Ausschreitungen unter den Leuten. In einer Barade zertraten die Mannschaften ihre Feldwebel, der in der Gefangenschaft ihr Kompanieführer gewesen ist, hinaus, fielen mit Knütteln über ihn her und schlugen ihn tot. Das war das Fehlen zur allgemeinen Menteur. In allen Baracken fielen die Mannschaften über ihre Vorgesetzten her und mißhandelten sie in der unheimlichsten Weise. Den einschreitenden Offizieren und den Kommandanten gelang es schließlich, den Gewalttätigkeiten ein Ende zu machen. Acht Unteroffiziere wurden bei diesen Ausschreitungen schwer, mehrere andere leichter verletzt. Die Ursache dieser befangenen Vorkommnisse ist darin zu suchen, daß die Mannschaften sich an ihren Vorgesetzten rächen wollten wegen schlechter Behandlung in der Gefangenschaft, die die Vorgesetzten nach der Ansicht der Mannschaften verschuldet haben sollen. Wie die Heimkehrer bei ihrer Vernehmung erklärten, hätten die Vorgesetzten in der englischen Gefangenschaft fleis die Interessen der Gefangenen vertreten, so daß die Kompanie schweren Leiden ausgesetzt gewesen sei. Die Vorgesetzten hätten allerdings ständig unter dem Druck der Engländer gestanden, die darauf drangen, daß möglichst viel Arbeit gelistet werde. Ein Offizier ist benannt worden, die Ausschreitungen der Mannschaften auf ihren Inhalt zu unterstufen.

Die deutsche Hilfe beim Wiederaufbau in Nord-Frankreich.

Berlin, 7. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Von untermittelter Seite erfahren wir, daß die praktischen Vorbereitungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in kürzester Zeit ihren Anfang nehmen dürfen. Von deutscher Seite aus werden ausreichende Arbeitskräfte angeworben werden müssen. Außerdem wird Deutschland einen kleinen Teil der Materialien zu liefern haben. Inwiefern deutsche Firmen an den Arbeiten teilnehmen werden, ist gegenwärtig noch nicht bestimmt.

Die Truppen im Baltikum und die Reichsregierung.

Berlin, 7. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Wie ich von untermittelter Seite erfahre, beschäftigt sich das Reichsministerium augenblicklich eingehend mit der Frage der Rückführung des Baltikums. Der seit einiger Zeit zur Verfügungstellung nach Mitteln einsetzende Offizier liefert täglich eingehende Nachrichten über alle Einzelheiten der gegenwärtigen Lage, so daß das Reichsministerium Oslo über alles unterrichtet ist, was ein Fundbüro bei den Maßnahmen der Regierung geben könnte. Auch hat in den letzten Tagen wiederholt mit den zuständigen Kommandanten konzentriert und das Ergebnis der Beratungen der Regierung weitergegeben. Gehtert hat Kosse den Oberstleutnant Sane zum Vortrag über die eingegangenen Ermittlungen empfangen.

Gehtert erfahre ich über die Situation im Baltikum von untermittelter Seite, daß die deutsche Regierung keineswegs die Fühlung mit den Kurlandtruppen verloren hat. Sämtliche deutsche Kommandobehörden im Baltikum empfangen die Befehle des Reichsweltministeriums und geben sie an die Soldaten weiter. Die reichsdeutschen Truppen gehören nicht den russischen Verbänden an, und es kann daher keine Rede davon sein, daß die deutschen Befehle den Maßnahmen der Regierung nicht entrückt sind. Von gut untermittelter Seite erfahre ich schließlich noch, daß Generalleutnant v. Seebardt bereits den Oberstleutnant Sane über die deutschen Truppen im Baltikum übernommen hat. Die Befehle des Reichsweltministeriums sind

